

II-4487 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



## BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

GZ 10.000/105-Parl/91

Wien, Jänner 1992

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

1974 IAB

Parlament  
1017 Wien

1992 -01- 15

zu 1975 IJ

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1975/J-NR/91, betreffend Studie des Linzer Universitätsinstitutes für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung, die die Abgeordneten Mag. Karin Praxmarer und Genossen am 14. November 1991 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Welche generellen Korrekturen in der Bildungspolitik wird das Bundesministerium für Unterricht und Kunst auf der Grundlage dieser Studie vornehmen?
3. Welche Schritte unternimmt das Bundesministerium für Unterricht und Kunst, um die Defizite im postsekundären Bildungsbereich zu beheben?

Antwort zu 1. und 3.:

Nicht nur vor dem Hintergrund der europäischen Integration stehen derzeit strukturelle Veränderungen im Bereich der postsekundären nichtuniversitären Ausbildung zur Diskussion. Zu diesem Zweck wurde auf Grundlage des Regierungsübereinkommens eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Beamten des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung sowie des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, eingerichtet, die die erforderlichen Vorarbeiten für die Einrichtung entsprechender Institutionen koordiniert.

- 2 -

Vor der Einrichtung von Fachhochschulen sind noch die Ergebnisse von derzeit im Gang befindlichen Untersuchungen zur Bedarfsprüfung (Einzugsgebiete, Infrastruktur, Alterskohorten), zu betriebswirtschaftlich angemessenen Organisations- und Verwaltungsstrukturen sowie zur Ressourcenfrage abzuwarten und auszuwerten. So wird etwa derzeit eine OECD-Länderprüfung durchgeführt, deren Ergebnisse Ende 1992 vorliegen sollen.

**2. Gibt es Überlegungen im Bundesministerium für Unterricht und Kunst, gerade im Bereich der Bundes- und Landeslehrer, eine verstärkte Teilzeitbeschäftigung über das bereits vorhandene Ausmaß zu forcieren?**

Antwort:

Die Möglichkeiten der Herabsetzung der Wochendienstzeit auf die Hälfte sind im § 50a ff des BDG 1979 enthalten und gelten aus den dort genannten Gründen auch für Bundeslehrer. Eine analoge Bestimmung gibt es in § 44a des LDG 1984 auch für Landeslehrer. Desgleichen gelten für alle Lehrerbereiche die Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung gem. § 15c des MSchG 1979 im Anschluß an die Geburt des Kindes.

Zusätzlich sieht bereits derzeit der § 115 des LDG 1984 die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung von Landeslehrern für einzelne Gegenstände vor, auch wenn sie sich in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis befinden.

Darüber hinaus gibt es als Sonderheit im Lehrerbereich die Möglichkeit der Gewährung von Lehrpflichttermäbigungen aus gesundheitlichen Gründen oder im öffentlichen Interesse, welche Maßnahmen inhaltlich auch einer "Teilzeitbeschäftigung" gleichkommen. Derzeit wird an einer Novellierung dieser Bestimmung im Sinne einer Ausweitung gearbeitet, wonach Lehrpflichttermäbigungen auch aus sonstigen Gründen gegen anteilige Minderung der Bezüge zur Ausübung anderer der Aufgabe der österreichischen Schule gemäßen Tätigkeiten auf kulturellem, sozialem, religiösem, sportlichem oder wissenschaftlichem Gebiet gewährt werden können. Über das Ergebnis dieses legislativen Vorhabens kann derzeit noch keine genaue Aussage gemacht werden.

- 3 -

Abschließend wird bemerkt, daß das Problem der verstärkten Teilzeitbeschäftigung ein solches des gesamten öffentlichen Dienstes ist. Bei allen Maßnahmen, die den Lehrerbereich betreffen, müssen pädagogische Erfordernisse zum Wohl der Kinder Priorität haben. So wird man z.B. im Volksschulbereich (Klassenlehrerprinzip) sehr behutsam vorgehen müssen.

**4. Welche Initiativen werden gesetzt, um die quantitativen und qualitativen Mängel im Fremdsprachenbereich zu beheben?**

Antwort:

Das Fremdsprachenangebot an den österreichischen Schulen weist nicht nur eine breite Angebotspalette auf, sondern wird kontinuierlich ausgebaut. So wurde zuletzt im Schuljahr 1990/91 die berufsbezogene Fremdsprache in den Berufsschulen eingeführt. Im Rahmen der AHS-Oberstufenreform wurde den Schülern die Möglichkeit eröffnet, in zwei lebenden Fremdsprachen ausgebildet zu werden. Ferner kann im Wahlpflichtgegenstand eine weitere lebende Fremdsprache erlernt werden, was auch - wie die Erfahrung zeigt - von den Schülern sehr positiv angenommen wird. Wie auch internationale und nationale Fremdsprachenwettbewerbe zeigen, ist das Niveau der österreichischen Schulabsolventen im Bereich der Fremdsprachen durchwegs zufriedenstellend. Ungeachtet dessen wird parallel zu den Entwicklungen in der EG an einem umfassenden Fremdsprachenkonzept mit gleichzeitiger Internationalisierung des Bildungssystems gearbeitet. Schon seit einigen Jahren gibt es zahlreiche Schulversuche und schulische Aktivitäten, die die insgesamt steigende Akzeptanz von Fremdsprachen bei Schülern und Eltern widerspiegeln (IFES-Studie 1991). Es gibt Schulversuche zur Intensivierung der fremdsprachlichen Vorschulung (1. lebende Fremdsprache ab 6 Jahren) zu bilingualen Unterrichtsformen (1. Fremdsprache als Arbeitssprache im Unterricht), zum Angebot einer zweiten lebenden Fremdsprache auf der Mittelstufe von Hauptschule und AHS sowie ein erweitertes Sprachenangebot in den Wahlpflichtfächern.

Darüberhinaus bieten Schulen außercurriculare Aktivitäten an, wie Intensivsprachwochen im Ausland, Schulpartnerschaften mit Kontaktbesuchen und gemeinsamen Projekten, Programme interkultureller Sensibilisierung im Pflichtschulbereich.

Englisch entwickelt sich zunehmend zur internationalen Arbeitssprache und wird zur Zweitsprache, was zu dem Erstspracherwerb angenäherten Vermittlungsformen führen wird (d.h. bilinguale Kindergärten und Schulen).

Der Druck auf die Schule nach sofort verwertbaren Fremdsprachenkenntnissen steigt.

Die Schule der Zukunft muß Kompetenzen zu lebenslangem Sprachenlernen entwickeln und Lernstrategien zum selbständigen Fremdspracherwerb an die Hand geben.

Folgende Maßnahmen zur Hebung der Fremdsprachenkenntnisse österreichischer Schüler werden vorbereitet:

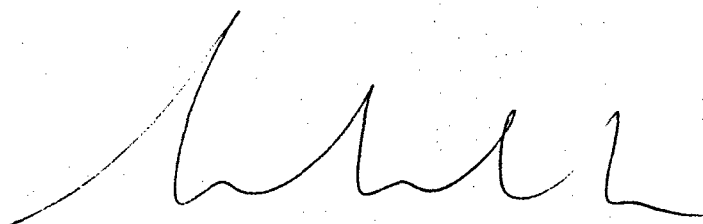
- \* Erarbeitung von entwicklungspsychologisch adäquaten Unterrichtskonzepten für einen natürlichen Zweitspracherwerb auf der Primarstufe.
- \* Internationalisierung des österreichischen Bildungssystems: Teilnahme an bestehenden EG-Programmen (wie z.B. Erasmus), bzw. Entwicklung eigener Mobilitätsprogramme (wie Schulpartnerschaften, Intensivsprachwochen, Klassen- und Schüleraustausch, Berufspraktika im Ausland, ...)
- \* Schaffung der Voraussetzungen für bilinguale Unterrichtsformen (z.B. Lehrbehelfe, Curricula).
- \* Schaffung von Freiräumen zum besseren Einsatz von "native speakers" im Zielsprachunterricht bzw. für Phasen selbstorganisierten Lernens.
- \* Öffnung der Bildungsinstitutionen für die multikulturellen Möglichkeiten des außerschulischen Umfeldes (z.B. Integration von native Speakers aus der Arbeitswelt, language clubs, Entwicklung von Tandem-Lernformen in Selbstorganisation, stärkere Einbeziehung fremdsprachlicher Medien und der Entwicklungen der Informationstechnologie u.a.)

- 5 -

\* Maßnahmen der Lehrerbildung:

Förderung der Fortbildung (Intensivkurse, Kurzaufenthalte an Schulen im Ausland, Gastlehrerprogramme, TANDEM-Lernformen, Lehreraus- und fortbildung in bi- und multilateraler Verantwortung mit europäischen Partnerorganisationen, gemeinsame Seminare ausländischer und österreichischer Lehrer, z.B. 1992 Lateinamerika-Symposion.)

Im Bereich der Erwachsenenbildung läuft eine Ausweitung der Angebote. Nach Öffnung der Grenzen ist ein steigendes Interesse nach dem Erlernen der Sprachen der Nachbarländer feststellbar. Dieser Prozeß wird durch entsprechende Materialien und Unterstützung von Kursangeboten durch das Bundesministerium für Unterricht und Kunst gefördert.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'A' followed by several loops and a final vertical stroke.